

Pressemeldung

ASG-Thema 2013: „Wem gehört das Land?“ – Frühjahrstagung in Eisenach – Internationale Fragen des Landverbrauchs, der Flächennutzung und des Flächenmanagements – zivilgesellschaftliche Organisationen wollen sich beteiligen

"Wem gehört das Land", diese Frage steht zentral über den Veranstaltungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG) im Jahr 2013. Die Frühjahrstagung in Eisenach am 22. und 23. Mai legte den Schwerpunkt auf Fragen des Flächenverbrauchs und der Flächennutzungskonflikte. Aus regionaler und lokaler Sicht äußerten sich hierzu *Prof. Dr. Karl-Friedrich Thöne*, Abteilungsleiter im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, und *Dr. Alexander Schmidtke*, Geschäftsführer Thüringer Landgesellschaft. Prof. Thöne zeigte auf, wie das Thüringer Modell einen Beitrag für eine ausgeglichene Bilanz zwischen Neuinanspruchnahme von Flächen und Rückwidmung für naturnahe Zwecke zur Erreichung des 30-ha-Zieles leisten kann. Hierzu sei im März 2013 u. a. ein „Bündnis für Fläche“ gebildet worden, das die unterschiedlichen Akteure und Interessen der Fach- und Verwaltungsebene im Dialog zusammenführt, um gemeinsam tragfähige Strategien und Lösungen für ein intelligentes Flächenmanagement in Thüringen zu gestalten. Dr. Schmidtke ergänzte, dass der sparsame Umgang mit Flächen durch ein intelligentes Flächenmanagement möglich sei und Kommunen bei mittel- und langfristigen Entwicklungsschritten unterstützt würden.

In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Themen von Landwirtschaft und Ernährung immer wichtiger geworden ist, so *StS. a. D. Dr. Martin Wille*, Vorsitzender des Vorstandes der ASG. Sie hätten die Richtung der Politik in der EU und in Deutschland „satt“, wie ca. 40 Organisationen jährlich anlässlich der Grünen Woche in Berlin formulieren. So ging es auch BUND und NABU in Thüringen, die die Mitarbeit im „Bündnis für Fläche“ des Umweltministeriums ablehnten. *Ralf-Uwe Beck*, Ehrenvorsitzender BUND Thüringen, und Sprecher von Mehr Demokratie e.V. begründete dies mit den öffentlichen Äußerungen des Thüringer Umweltministers Jürgen Reinholz, eine Änderung der Eingriffsregelung im Bundesnaturschutzgesetz mit Unterstützung des Bündnisses erreichen zu wollen. Zukünftig sollten Geldzahlungen Vorrang vor der Wiederherstellung von Natur und Landschaft bei Bauvorprojekten haben. Hierauf hätten sich die Umweltverbände nicht einlassen wollen.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie neben der Reduzierung des Flächenverbrauchs 2002 die Erhöhung des Flächenanteils des Ökolandbaus in zehn Jahren auf 20 % zum Ziel gesetzt. Zum Stand der Umsetzung äußerte sich der Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, *Dr. Günther Bachmann*. Der Anteil

des Ökolandbaus sei in den Bundesländern sehr unterschiedlich und betrage zwischen unter 3 % und über 10 %. Knapp 4 % des Lebensmittelumsatzes in Deutschland seien Biolebensmittel. Zwar sei die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln höher als das Angebot, aufgrund des Anstiegs der Bodenpreise im zweistelligen Bereich (z. B. durch die Förderung der Erneuerbaren Energien) würde der Ökolandbau jedoch verdrängt.

Die Brücke zu internationalen Fragen des Landverbrauchs schlug die Präsidentin des Evangelischen Entwicklungswerks Brot für die Welt, *Cornelia Füllkrug-Weitzel*. Drei Gründe seien für eine zunehmende Landknappheit verantwortlich: die zunehmende Degradierung von Böden, die Inanspruchnahme durch Siedlungen in Industrieländern und der Wettlauf um Ackerland durch Investoren. Im Mai 2012 habe das Komitee für Ernährungssicherheit der Vereinten Nationen freiwillige Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Landressourcen verabschiedet, die einen Referenzrahmen für die Rolle des Staates definierten und Chancen zur Verbesserung der Situation eröffneten. Füllkrug-Weitzel machte deutlich, wie sehr die Agrarpolitik der Industrienationen und Entwicklungen in Richtung Industrialisierung der Landwirtschaft zur Verschärfung der Probleme in den Entwicklungsländern beitragen. Dem widersprach *Albert Seifert*, Vizepräsident des Thüringer Bauernverbandes, indem er darauf hinwies, dass es weltweit noch ein großes Flächen- sowie Ertragspotenzial für die landwirtschaftliche Erzeugung gäbe. Zudem betrage der Exportanteil aus Deutschland in Entwicklungsländer lediglich 9 %.

Die Frühjahrstagung in Eisenach wurde eingerahmt von einer Stadtbesichtigung und Vorträgen zur Luther-Dekade. In diesem Zusammenhang schlug *Dr. Clemens Dirscherl*, Agrarbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), den Bogen zwischen Lutherdekade und Landwirtschaft. Reformation heiße, sein Denken immer wieder zu hinterfragen, Bedenken in die Gesellschaft zu tragen und vorbehaltlos den Dialog miteinander zu pflegen. Er betonte, dass es in anderen europäischen Sprachen nicht „Agrarwirtschaft“, sondern „Agrarkultur“ heiße – hier werde der Zusammenhang zu Hege, Pflege und Fürsorge deutlich. *Dr. Christiane Schulz*, Geschäftsführerin für die Reformationsdekade bei der EKM (Evangelische Kirche in Mitteldeutschland), stellte die Aktivitäten im Rahmen der Lutherdekade vor. Die EKM als Kirche an den Quellen der Reformation und als Gastgeberin für die Lutherdekade und das Jubiläum 2017 lade die Menschen – egal ob kirchlich gebunden oder nicht – ein, ihre Reformationsgeschichte und deren Auswirkungen kennenzulernen. Zwei Fachexkursionen zu den Themen Flächennutzung und -verbrauch, Landwirtschaft, Naturschutz, Flurneuordnung, Innenentwicklung und ungenutzte Bausubstanz, die rund um die Hørselberge und in das Mittlere Werratal führten, rundeten das Programm ab.

Weitere Informationen und die Vorträge sind auf der ASG-Website unter www.asg-goe.de zu finden.